

Schwierige Ausgangslage für Neuverhandlungen



Unterschiedliche Interessen: Die Schweiz möchte offenbar an der Regelung, dass Grenzgänger gewöhnlich ausschliesslich im Wohnsitzland besteuert werden, festhalten.

Bild Archiv/Daniel Ospelt

Das Anliegen Liechtensteins, eine neue Lösung für die Besteuerung von Grenzgängern auszuhandeln, stösst in der Schweiz offenbar auf wenig Interesse. Eine bessere Ausgangslage zeigt sich in weiteren offenen Fragen der Besteuerung.

Von Richard Brunhart

Vaduz/Wartau/Bern. – Gestern traf sich eine Delegation insbesondere mit Gemeindevertretern aus dem Werdenberg und Rheintal mit Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf. Die Gemeindevertreter wollten der Finanzministerin ihre Bedenken bezüglich einer Neuregelung der Besteuerung von Grenzgängern darlegen. Liechtenstein möchte eine Quellensteuer für Grenzgänger aus der Schweiz einführen und eine Doppelbesteuerung durch ein entsprechendes Abkommen vermeiden. Die in

Liechtenstein bezahlten Steuern würden dann zu rund 60 Prozent insbesondere den Grenzgemeinden und zu rund 40 Prozent den Kantonen, vor allem dem Kanton St. Gallen, fehlen.

Widerstand gegen Neuregelung

Gegen dieses Anliegen der Regierung äusserten sich Vertreter der Grenzgemeinden bereits äusserst kritisch. Beat Tinner, Gemeindepräsident von Wartau und Präsident der Vereinigung der St. Galler Gemeindepräsidenten, erklärte gestern auf Anfrage, dass gemäss der Aussage von Eveline Widmer-Schlumpf am Treffen in Bern auch Bundesbern keinen Handlungsbedarf sieht, an der bestehenden Grenzgängere Erlösung, die gewöhnlich eine ausschliessliche Besteuerung im Wohnsitzland vorsieht, etwas anzupassen.

Gegen das Argument, dass es gerechtfertigt wäre, wenn Grenzgänger aus der Schweiz einen Teil der Steuern in Liechtenstein entrichten, um für die Benutzung der Infrastruktur am Ar-

beitsort aufzukommen, führt Tinner an, derzeit bestehe eine Win-Win-Situation für beide Seiten. Insbesondere sprach der Gemeindepräsident die restriktive Zuwanderungspolitik Liechtensteins an. Nur aufgrund der Grenzgänger kann Liechtenstein die rund 35 000 Arbeitsplätze besetzen. Zudem ist für Tinner nicht von vorneherein klar, dass auf der anderen Seite die Inanspruchnahme diverser Infrastrukturen und Dienstleistungen durch Liechtensteiner in der Schweiz ebenso abgegolten wird.

Gespräche in anderen Bereichen

Beat Tinner hielt fest, dass aber in Bereichen, in denen eine neue Lösung im beiderseitigen Interesse liegt, die Schweiz selbstverständlich Verhandlungsbereitschaft zeige. Offene Themen wären beispielsweise die Besteuerung von Zahlungen der AHV oder die Verrechnungssteuer, die die Schweiz insbesondere auf Kapitalerträge erhebt.